**Deutscher Bundestag**
**8. Wahlperiode**

**Drucksache 8/4503**

13. 10. 80

# Unterrichtung

**durch die Bundesregierung**

## Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1980

### Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1980

Inhaltsverzeichnis



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551

## I. Allgemeines

### 1. Ministerkomitee

Abweichend von der langjährigen Übung, das Ministerkomitee in Straßburg tagen zu lassen, war als Ort für die *66. Sitzung* am 10. April 1980 auf Einladung der portugiesischen Regierung Lissabon bestimmt worden. Diese politische Geste wurde dadurch noch unterstrichen, daß zwei Drittel der Mitgliedstaaten durch die Außenminister vertreten waren, eine vergleichsweise hohe Beteiligung.

Die Deutsche Delegation wurde vom Bundesminister des Auswärtigen geleitet. Nach seiner Abreise übernahm Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher die Leitung. Wie schon bei früheren Gelegenheiten fand am Vorabend der Sitzung ein informelles Treffen der Minister statt.

Den größten Raum nahm wiederum die Aussprache über die Vorbereitung der *KSZE-Folgekonferenz* in Madrid ein, und zwar sowohl bei der informellen Aussprache wie auch während der offiziellen Sitzung, die unter dem Vorsitz des portugiesischen Außenministers Diogo Freitas do Amaral stand.

Neben Fragen der Fortentwicklung der *europäischen Zusammenarbeit* und Problemen, die während der nächsten *Generalversammlung der VN* zur Diskussion stehen, erörterten die Minister auch die Möglichkeiten einer Beteiligung des Europarats beim *Abbau von Entwicklungsunterschieden* in Europa. Nachdem die Parlamentarische Versammlung mit der Empfehlung 861 (1979) aufgefordert hatte, den Europarat bei der Zusammenarbeit der Länder des nördlichen und südlichen Europas einzuschalten, waren von einer Arbeitsgruppe der Ministerbeauftragten Vorschläge für eine ausgewogene Entwicklung in Europa vorgelegt worden. Eine Entscheidung darüber wurde noch nicht getroffen; die Minister sprachen sich dafür aus, daß der Europarat als Instrument demokratischer Solidarität stärker genutzt werden solle und zunächst eine verstärkte Ausrichtung des mittelfristigen Arbeitsprogramms auf Vorhaben, die der Verminderung von Ungleichgewichten in der Entwicklung der Mitgliedstaaten dienen können, zu erfolgen habe. Auch die Einzelheiten einer Einschaltung des Wiedereingliederungsfonds des Europarats sollen geprüft werden.

Das Ministerkomitee gab zwei Erklärungen ab, eine zur Festhaltung der amerikanischen *Geiseln im Iran*, die andere zur sowjetischen Intervention in *Afghanistan*. Dabei verurteilte es u. a. die Verletzung der Menschenrechte und forderte den Abzug der sowjetischen Truppen.

Der Vorsitz im Ministerkomitee ging mit Ablauf der 66. Sitzung auf Spanien über.

Die *Ministerbeauftragten* hielten im Berichtszeitraum 5 Sitzungen ab (318. bis 322. Sitzung). Sie beschlossen eine Reihe von Empfehlungen und verabschiedeten das Europäische Übereinkommen für die Übertragung der Verantwortung für Flüchtlinge und das Europäische Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten.

Im Rahmen ihrer Beratungen über Fragen des Abbaus von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten in Europa hörten die Ministerbeauftragten am 25. Juni 1980 den Präsidenten des Direktionsausschusses des Wiedereingliederungsfonds Claudius Petit an.

Der Generalsekretär der Kommission der EG Emile Noel nahm am 24. Juni 1980 an der Sitzung der Ministerbeauftragten teil und berichtete über die Entwicklung der Beziehungen zwischen EG und Europarat.

Der außenpolitische Meinungsaustausch wurde fortgesetzt. Sachverständige der Außenministerien traten zweimal im Rahmen der Sitzungen der Ministerbeauftragten zusammen und erörterten Fragen der KSZE und der Vereinten Nationen. Entsprechend dem Beschluß der Minister nahm an dem Meinungsaustausch zu VN-Fragen im Juni diesmal der spanische VN-Botschafter in New York teil.

### 2. Parlamentarische Versammlung

Die *Parlamentarische Versammlung* hielt den 1. Teil der 32. ordentlichen Sitzungsperiode vom 21. bis 25. April 1980 in Straßburg ab. Der niederländische Abgeordnete de Koster wurde einstimmig für eine 3. Amtszeit zum Präsidenten gewählt. Als einer der stellvertretenden Präsidenten wurde der Abgeordnete Dr. Gessner wiedergewählt. Der spanische Außenminister Marcelino Oreja Aguirre erstattete als amtierender Vorsitzender des Ministerkomitees der Versammlung den Bericht des Ministerkomitees.

Der portugiesische Ministerpräsident Sa Carneiro sprach während der Eröffnungssitzung zu den Abgeordneten und unterstrich die Ausrichtung seines Landes auf Westeuropa und die Kontinuität dieser Politik. Er hob die Bedeutung der Solidarität der westeuropäischen Staaten für Portugal hervor. Neben den Fragen der großen Weltpolitik sprach Sa Carneiro Wanderarbeitnehmerfragen an und unterstrich die Rolle des Europarats bei der Wahrung der Menschenrechte.

Im Rahmen der Aussprache der Parlamentarischen Versammlung zu Fragen der Zusammenarbeit mit der UNESCO sprach der Generalsekretär der UNESCO M'Bow zu den Abgeordneten.

*Auf Grund der Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 22. Februar und 28. April 1967 — Drucksachen V/1010, V/1653 — zugeleitet mit Schreiben des Staatsministers im Auswärtigen Amt vom 9. Oktober 1980.*

Die Parlamentarische Versammlung schloß ihre von den Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarats mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Anhörung von Regierungsvertretern der Mehrzahl der Nah-Ost-Staaten und ihre Debatte über die Lage im Nahen Osten mit der Verabschiedung einer Entschließung (Nummer 728) ab, die auf die Verpflichtung Europas hinweist, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen, und in 19 Punkten alle beteiligten Parteien zu Konzessionen auffordert.

Die Parlamentarische Versammlung trat zum 2. Teil der 32. ordentlichen Sitzungsperiode vom 23. September bis 2. Oktober 1980 in Straßburg zusammen. Der spanische Außenminister Jose Pedro Perez-Llorca erstattete als amtierender Vorsitzender des Ministerkomitees der Versammlung den Bericht des Ministerkomitees.

Im Rahmen der Berichterstattung über die Aktivitäten der OECD sprach Generalsekretär van Lennep zu den Abgeordneten. An der Aussprache nahmen Parlamentarierdelegationen aus allen nicht dem Europarat angehörenden OECD-Mitgliedstaaten teil.

Am 30. September 1980 sprach der chinesische Außenminister Huang Hua zu der Parlamentarischen Versammlung. Er warnte die Europäer in sehr allgemeiner Form und mit den bekannten chinesischen Akzenten vor dem Hegemonismus und forderte die westeuropäischen Staaten zur Wachsamkeit und verstärkter Zusammenarbeit auf. Der chinesische Außenminister beantwortete Fragen der Parlamentarier die u. a. das Verhältnis Chinas zur Sowjetunion, die wissenschaftlich technologische Zusammenarbeit mit den westlichen Industrieländern und die wirtschaftliche Entwicklung Chinas betrafen.

Als weiterer Regierungsvertreter hielt der französische Ministerpräsident Raymond Barre eine Ansprache vor der Parlamentarischen Versammlung und würdigte u. a. die Rolle Straßburgs als parlamentarischer Mittelpunkt der Neun und der 21. Er ging ferner auf das Madrider KSZE-Folgetreffen sowie auf Fragen der Energie- und Wirtschaftspolitik ein.

## II. Politische Fragen

### 1. Türkei

Am 16. September 1980 unterrichtete der Ständige Vertreter der Türkei beim Europarat den Generalsekretär in Übereinstimmung mit Artikel 15 Ziff. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention über die Verhängung des Ausnahmezustands über das ganze Land.

### 2. Mittelfristiges Arbeitsprogramm

Die Ministerbeauftragten setzten ihre Beratungen über das 2. mittelfristige Arbeitsprogramm des Europarats fort. Den Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung wurde — soweit dies bei den knappen Haushaltsmitteln des Europarats möglich war — Rechnung getragen. Desgleichen wurden Anregungen der EG-Kommission zum 2. mittelfristigen Arbeitsprogramm in die Überlegungen der Ministerbeauftragten einbezogen. Der deutsche Vorschlag einer stärker nach Prioritäten orientierten Planung und nach einer Konzentration des Arbeitsprogramms führte dazu, daß etwa die Hälfte der für die nächste Planperiode vorgesehenen Aktivitäten als prioritär eingestuft wurde, und es gelang, einige von der Mehrheit als weniger wichtig erachtete Vorhaben ganz aus dem Arbeitsprogramm zu streichen und so eine gewisse Straffung zu erzielen.

Über eine mittelfristige Finanzplanung konnte keine Einigung erzielt werden.

### 3. Außenpolitischer Meinungsaustausch

Am 20. Juni 1980 führten die Ministerbeauftragten und Experten aus den Außenministerien der Mitgliedstaaten des Europarats einen Meinungsaustausch zu gemeinsam interessierenden VN-Fragen. Im Mittelpunkt ihrer Aussprache standen die Vorbereitung der 35. Generalversammlung, Menschenrechtsfragen und die Frauendekadenkonferenz.

Am 28. August 1980 fand erneut ein intensiver Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats über die Vorbereitung des Madrider-KSZE-Folgetreffens statt.

## III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenbereichen

### 1. Menschenrechtsfragen

Vom 9. bis 12. April 1980 fand in Frankfurt a. M. das von der Bundesregierung und dem Generalsekretariat des Europarats gemeinsam veranstaltete *5. Internationale Kolloquium über die Europäische Menschenrechtskonvention* statt. Im Mittelpunkt des erstmals in der Bundesrepublik durchgeführten Kolloquiums standen Probleme der Opfereigenschaft nach Artikel 25 EMRK, der Vorbehalte und Außerkraftsetzungen bei Konventionen auf dem Gebiet der Menschenrechte, sowie der internationalen Kontrolle von Beschränkungen und Grenzen der Garantien der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Wirkungen der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im innerstaatlichen Recht und vor innerstaatlichen Gerichten. Die Tagung ist vom Bundespräsidenten bei Anwesenheit des portugiesischen Justizministers Raposo als Vertreter des Ministerkomitees und des Bundesjustizministers, Dr. Vogel, sowie zahlreicher Repräsentanten der verschiedenen Organe des Europarates, in- und ausländischer Parlamente, Gerichtshöfe und Regierungen eröffnet worden. Ca. 300 Juristen auch aus außereuropäischen Staaten haben an dem Kolloquium teilgenommen.

Der dem *Lenkungsausschuß für Menschenrechte* zugeordnete Sachverständigenausschuß für die Erweiterung der in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthaltenen Rechte ist im Berichtszeitraum in die Erörterung der wirtschaftlichen, sozia-

len und kulturellen Rechte eingetreten, die für eine Einbeziehung in den Schutzbereich der Konvention geeignet erscheinen. Der Sachverständigenausschuß hat ferner die Beratungen des Entwurfs eines Sechsten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention abgeschlossen, durch das in Anlehnung an den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zusätzliche Garantien in den Schutz der Konvention einbezogen werden wollen. Der Entwurf liegt nun dem Lenkungsausschuß für Menschenrechte zur Weiterberatung vor.

Der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* hat am 29. April 1980 G. Balladore Pallieri wieder zu seinem Präsidenten gewählt, Pallieri ist seit 1959 Mitglied des Gerichtshofes. Gerard J. Wiarda, seit 1966 Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wurde in seinem Amt als Vizepräsident bestätigt. Am 24. April 1980 fand ein öffentliches Hearing im Fall Oosterwijk ./. Belgien betreffend Geschlechtsumwandlung statt. Der Gerichtshof hat in seinem Urteil vom 13. Mai 1980 in der Sache Artico ./. Italien eine Verletzung des Anspruchs auf unentgeltlichen Beistand eines Pflichtverteidigers festgestellt, weil dies im Interesse der Rechtspflege erforderlich war und der Angeklagte nicht über die Mittel zur Verteidigung verfügte, und Italien zur Zahlung eines immateriellen Schadensersatzes von 3 Millionen Lire verurteilt.

Mehrere gegen die Bundesrepublik gerichtete Beschwerden wurden von der *Europäischen Kommission für Menschenrechte* für unzulässig erklärt. Insgesamt lagen der Kommission im Berichtszeitraum 207 Einzelbeschwerden vor, von denen 9 für zulässig erklärt und 18 den beklagten Regierungen zur schriftlichen Stellungnahme zugestellt wurden: Neu zugestellte Verfahren betreffen die Dauer eines straf- und eines zivilrechtlichen Verfahrens sowie den Schutz der Privatsphäre. 4 Fälle wurden vor den Gerichtshof gebracht, darunter jedoch keiner, der die Bundesrepublik Deutschland betrifft.

In einer Teilentscheidung hat die Kommission die Beschwerden mehrerer in nordirischen Gefängnissen einsitzender Terroristen über die dortigen Haftbedingungen für unzulässig erklärt.

### 2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen

Ein Organisationsausschuß befaßte sich im April 1980 mit der weiteren Vorbereitung der *Dreigliedrigen Konferenz über Beschäftigung in Europa*. Es konnten jedoch keine abschließenden Entscheidungen getroffen werden, da nur Regierungsvertreter und Vertreter der Arbeitnehmerseite, nicht aber Vertreter der Arbeitgeberseite an der Sitzung teilnahmen.

Vom 6. bis 8. Mai 1980 fand in Straßburg auf Einladung der schwedischen Regierung eine *Europäische Konferenz der für Wanderarbeitnehmerfragen zuständigen Minister* statt. Es wurden Fragen im Zusammenhang mit der Integration ausländischer Arbeitnehmer und der Förderung der Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer erörtert.

Die Ministerbeauftragten verabschiedeten am 18. September 1980 die *Empfehlung* R(80)14 *über die berufliche Wiedereingliederung der in ihre Heimatländer zurückkehrenden Gastarbeiter.*

Seit Anfang 1980 werden im *Berufsförderungszentrum Essen* mit Förderung durch die Bundesregierung bereits zum zweiten Mal Lehrgänge für Facharbeiter aus südeuropäischen Mitgliedstaaten des Europarats, die sich zum Berufsausbilder fortbilden wollen, durchgeführt.

Die *Versuchsklassen für Gastarbeiterkinder* in verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarats, darunter eine in Deutschland, wurden fortgesetzt.

Am 22. April 1980 haben die Niederlande, am 6. Mai 1980 Spanien die Ratifikationsurkunde für die *Sozialcharta* beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt. Spanien hat außerdem am 6. Mai das *Europäische Übereinkommen über den Rechtsstatus der Wanderarbeitnehmer* ratifiziert.

Am 25. und 26. September nahm ein Organisationsausschuß die Vorbereitungsarbeiten für die *Europäische Bevölkerungskonferenz* im Jahre 1982 auf.

Das Thema *Soziale Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen* wurde als neue Aktivität in das zwischenstaatliche Arbeitsprogramm des Europarats aufgenommen. Für die Arbeit im *Lenkungsausschuß für soziale Angelegenheiten* soll noch in diesem Jahr von einem Sachverständigen ein vorbereitender Bericht mit einer Dokumentation über das vorhandene Material in den Mitgliedstaaten erstellt werden.

Die vom Lenkungsausschuß vorbereitete *Empfehlung über Ehe- und Familienberatungsstellen* R(80)12 wurde am 27. Juni 1980 von den Ministerbeauftragten verabschiedet. Den Regierungen der Mitgliedstaaten werden darin Empfehlungen über Aufbau und Arbeitsweise der Dienste, über Auswahl und Ausbildung der Berater sowie über weitere Forschungen in diesem Bereich zur Förderung der Arbeit und Entwicklung der Ehe- und Familienberatung gegeben. Die *Studie über Soziale Maßnahmen zur Vorbereitung junger Menschen auf ihre zukünftige Elternrolle*, die der XV. Europäischen Familienministerkonferenz 1977 in Bonn vorgelegen hatte, wurde als nützliche Grundlage für eine Fortsetzungsaktivität im Lenkungsausschuß angesehen. Es wurde vorgeschlagen, eine Sachverständigen-Arbeitsgruppe einzusetzen, um bedeutsame Teilfragen wie Maßnahmen der Elternbildung und die Einbeziehung der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen näher zu prüfen und gegebenenfalls Empfehlungen an die Regierungen der Mitgliedstaaten auszuarbeiten.

Die Vorbereitungen für die *XVII. Europäische Familienministerkonferenz* im Mai 1981 in Rom sind im Gange.

Die Ministerbeauftragten verabschiedeten am 30. April 1980 Empfehlungen über die *aktive Teilnahme des Patienten an seiner Behandlung* R(80)4,

über *Substanzen, die aus dem menschlichen Blut gewonnen werden, zur Behandlung der Hämophilie* R(80)5 und *über den Kampf gegen den Krebs* R(80)6.

Gegen den Empfehlungsentwurf über die *künstliche Insemination beim Menschen* bestehen nach wie vor erhebliche Bedenken. Auf Veranlassung von deutscher Seite ist der Empfehlungsentwurf zunächst dem Lenkungsausschuß für Menschenrechte zur Stellungnahme zugeleitet worden.

Zu den Empfehlungen 836 (Krebsbekämpfung) und 843 (Maßnahmen gegen die Drogenabhängigkeit) der Parlamentarischen Versammlung haben die Ministerbeauftragten nach Anhörung der zuständigen Fachausschüsse Stellung genommen.

Die 1971 auf Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Pompidou gegründete Beratungsgruppe zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs — *Pompidou-Gruppe* — ist dem Europarat als neues Teilabkommen durch Entschließungen (80)2 und (80)7 eingegliedert worden. Mitglieder sind Belgien, Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Schweden, Türkei und Großbritannien.

Im Rahmen der *Teilabkommen* wurde die dritte Auflage des *Blauen Buchs* über Geschmackstoffe fertiggestellt ebenso wie die fünfte Auflage der Informationsschrift *Schädlingsbekämpfungsmittel.* Die Schrift *Kosmetische Produkte und ihre Substanzen* ist revidiert und erweitert worden.

Die *Europäische Kommission für Arzneimittel* hat nach Fertigstellung der ersten Ausgabe des Arzneimittelbuchs weitere Arbeiten für eine zweite Ausgabe aufgenommen, neue analytische Methoden werden verwendet zur besseren Bestimmung einzelner medizinischer Substanzen.

Der *Wiedereingliederungsfonds* des Europarats hat seine Tätigkeit durch vermehrte Vergabe von Darlehen an die Mitgliedstaaten erfolgreich fortgesetzt und prüft zur Zeit Mittel und Wege, um seine finanzielle Basis zu verbreitern.

### 3. Kultur, Erziehung und Sport

Der *Lenkungsausschuß für kulturelle Zusammenarbeit* befaßte sich im Juni 1980 auf seiner 38. Sitzung mit der Benennung sozialer und kultureller Rechte, um die die Europäische Menschenrechtskonvention erweitert werden könnte. Der im Frühjahr 1980 eingebrachte deutsche Vorschlag, durch Schaffung eines freiwilligen Sonderfonds der Direktion für kulturelle Angelegenheiten des Europarats die Beteiligung an akutellen kulturellen Aktivitäten der Mitgliedstaaten zu ermöglichen und dadurch Europa als Realität einer breiteren Öffentlicheit bewußt zu machen, wurde zunächst für eine dreijährige Probezeit angenommen.

Der Lenkungsausschuß hat Arbeiten an einem neuen Projekt *Aufrechterhaltung der kulturellen Bindungen der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien zum Heimatland* aufgenommen. Die im Rahmen der Arbeit des Lenkungsausschusses erstellten sogenannten Dossiers über die schulische wie auch kulturelle Situation der Kinder von Wanderarbeitnehmern sowohl im Aufnahme- wie auch im Herkunftsland sind überwiegend abgeschlossen und gelangen z. Z. zur Auslieferung an die Mitgliedstaaten; die Dossiers sind insbesondere für die Lehrer von ausländischen Kindern bestimmt.

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultur hat in Zusammenarbeit mit dem Lenkungsausschuß eine *Bildungswissenschaftliche Tagung über Probleme der schulischen Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern* veranstaltet. Hauptthemen waren: Informationsaustausch über die gegenwärtige Lage der Bildungsforschung über Probleme der schulischen Betreuung der Wanderarbeitnehmerkinder und Erfahrungsaustausch über bisherige Erkenntnisse.

Im April 1980 fand die 3. Sitzung der *Ständigen Konferenz für Hochschulfragen* in Straßburg statt. Folgende Schwerpunktthemen wurden in das Arbeitsprogramm 1980/81 aufgenommen: Vorbereitung einer Europaratskonferenz 1981; über die Situation ausländischer Studenten in den Mitgliedstaaten; Auswertung einer vorliegenden Umfrage über Aufgaben und Rechtsstellung der Studentenschaft; Umsetzung der Empfehlungen der Fernstudienkonferenz von 1979; Schaffung von Informationszentren über Studienmöglichkeiten und Aufbau eines Stipendiensystems 1981; Festlegung von Zielen, Art und Zeitpunkt einer Konferenz über Tertiäre Ausbildung in den nächsten 10 Jahren zur weiteren Beratung 1981.

Die *16. Europäische Kunstausstellung* wurde Mitte März 1980 in Florenz eröffnet und wegen des starken Besucherandrangs bis September verlängert. Die nächste Ausstellung dieser Art wird für 1981 in Portugal vorbereitet.

Vom 28. bis 30. April 1980 fand in Straßburg eine Tagung über das Thema *Staat und Kulturindustrien* statt, welche das Verhältnis des Staates zu den verschiedenen Kulturindustrien beleuchten sollte.

Die Studie *Vorbereitung für die Arbeitswelt,* welche für die letzten Schulklassen gedacht ist, wurde fertiggestellt und wird Ende des Jahres verfügbar sein.

Im Rahmen des *seit 1969 bestehenden Stipendienprogramms des Europarats* haben bisher 4 500 Lehrer Weiterbildungskurse in anderen Mitgliedstaaten besucht. Für 1980 haben 13 Mitgliedstaaten ca. 500 Stipendien angeboten.

Im Zusammenhang mit einem von der 37. Sitzung des Lenkungsausschusses verabschiedeten multilateralen Programm, das die Unterstützung des türkischen Erziehungsministeriums beim Ausbau und bei der Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts vorsieht, sind für 1980 insgesamt 3 dreiwöchige Seminare für Ausbilder von Englisch-, Französisch- und Deutschlehrern, die an türkischen pädagogischen Hochschulen sind, vorgesehen.

Zwei der diesjährigen vier *Europäischen Seminare zur Lehrerfortbildung in Donaueschingen*, welche vom Europarat, der Bundesregierung und dem Land Baden-Württemberg finanziert werden, haben im Berichtszeitraum stattgefunden, im Mai ein Seminar über die Behandlung der Menschenrechte im Unterricht der höheren Schulen und im September zum Thema Betreuung ausländischer Kinder im Unterricht.

Die Vorbereitungen für die im November stattfindende Tagung zum *Thema Erwachsenenbildung — zehn Jahre der Veränderung, Perspektiven für die 80er Jahre* sind im Gange.

Vom 8. bis 10. Mai 1980 fand in Delphi ein Kolloquium über die *Kulturelle Identität Europas* statt, das u. a. der Ausarbeitung der Kulturcharta diente, eine Arbeit, die ihre Fortsetzung während des *Seminars in Arc-et-Senars* vom 17. bis 20. September 1980 fand.

Vom 15. bis 19. September fand in Sölna/Schweden ein Symposium statt über das Thema *Sozial — Erziehung für Jugendliche von 14 bis 19 Jahren — Ziele, Probleme, Tendenzen.* Diese Konferenz ist im Rahmen des Europarats-Projekts Vorbereitung für das Leben, welches 1981 seinen Abschluß in einer Konferenz in Straßburg finden soll, zu sehen.

Im Rahmen der Bemühungen des Europarats um die Kulturpolitik der Städte fanden vom 4. bis 6. Juni in Angoulême/Frankreich und vom 3. bis 5. September in Castelbar/Irland *Kolloquien über Bürgerbeteiligung und Kulturplanung* statt. Insgesamt nahmen an diesem Projekt 21 europäische Städte teil.

Die *12. Sitzung der Ständigen Konferenz der europäischen Erziehungsminister* ist in Vorbereitung. Sie wird 1981 in Portugal stattfinden und ist dem Thema der Erziehung der Kinder vom 3. bis 8. Lebensjahr gewidmet.

Die Arbeitsgruppe des *Lenkungsausschusses für die Entwicklung des Sports* setzte im Berichtszeitraum ihre Arbeiten zur Vorbereitung der 3. Europäischen Sportministerkonferenz fort, die für April 1981 in Madrid vorgesehen ist. Der Bundesregierung obliegt unter der Federführung des Bundesministeriums des Innern die Vorbereitung für das Thema Politisch bedeutsame aktuelle Fragen im internationalen Sport, dem insbesondere im Hinblick auf den Verlauf der Olympischen Spiele 1980 in Moskau besondere Bedeutung zukommt.

### 4. Jugendfragen

Das *Europäische Jugendzentrum* hat im Berichtszeitraum seine erfolgreiche Arbeit fortgesetzt. Rund 700 Teilnehmer aus Jugendverbänden und -organisationen haben 11 Studientagungen, 5 Kolloquien, 4 Expertentreffen und 1 Trainingskurs besucht. Im Mittelpunkt der behandelten Themen standen: Zweite Generation ausländischer Arbeitnehmer, Jugendarbeitslosigkeit, Nord-Süd-Verhältnis, Europäische Jugendfragen, Kommerzialisierung der Freizeit. Die Nachfrage von Jugendleitern nach Sprachkursen ist erheblich gestiegen. Für die für 1980 vorgesehenen 4 Kurse liegen 467 Bewerbungen vor. Die Bibliothek des Jugendzentrums konnte auf 2 500 Titel erweitert werden.

Die Vorbereitung der *Europäischen Konferenz über Intoleranz* (9. bis 11. Dezember 1980), zu der rund 120 Teilnehmer erwartet werden, sind im Gange.

Das *Europäische Jugendwerk* hat im Berichtszeitraum im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel die Durchführung von Seminaren, Kursen, Jugendveranstaltungen und Dokumentationen auf europäischer Ebene zusammengeschlossener Jugendverbände und -organisationen gefördert. Die Themenschwerpunkte sind mit denen des Europäischen Jugendzentrums vergleichbar.

### 5. Umweltfragen

Der Europarat veranstaltete im Bereich Umwelt und Naturschutz mehrere Kolloquien und Seminare: 7. bis 9. Mai 1980 ein Seminar für die für Europa-Diplomgebiete verantwortlichen Beamten, 3. bis 6. Juni 1980 ein Kolloquium über die Tätigkeit des Europarats auf dem Gebiet der Umwelterziehung; 22. bis 24. September 1980 ein Kolloquium über alluviale Wälder zusammen mit der Internationalen Gesellschaft für Pflanzengeographie und Ökologie.

Das *Europäische Informationszentrum für Naturschutz* hielt im Juni seine 13. Sitzung in Paris ab und widmete sich u. a. der Vorbereitung der Kampagne für die Erhaltung wildlebender Tiere und wildwachsender Pflanzen. Vom 30. Juni bis 5. Juli 1980 fand in Wilhelminaoord, Niederlande, die internationale Arbeitsgruppe zum Thema Zugang zur Natur statt, die die Konflikte zwischen Naturaktivitäten und den verschiedenen Erholungs- und Freizeitaktivitäten untersuchte. Es wurde an Lösungsmöglichkeiten für die Planung und das Management solcher Gebiete gearbeitet.

### 6. Raumordnung und Denkmalschutz

Im Berichtszeitraum wurde in der Hauptsache die Vorbereitung der *5. Europäischen Raumordnungsministerkonferenz* fortgesetzt, die vom 21. bis 23. Oktober 1980 in London stattfinden wird. Zu diesem Zweck trat der Ausschuß der Hohen Beamten der Europäischen Raumordnungsministerkonferenz im April in Straßburg und im Juli in London zusammen. Wie bereits im letzten Halbjahresbericht dargelegt (vgl. Drucksache 8/3912, S. 7), werden auf der 5. Konferenz in London die beiden Themen *Bilanz und Zukunft der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung* und *Europäische Raumordnungscharta* behandelt. Außerdem soll in London die *Kampagne des Europarats zur städtischen Erneuerung in Europa* eingeleitet werden. Für das erste Thema hat Österreich als verantwortlicher Berichterstatter inzwischen einen Entwurf vorgelegt, der in seinem ersten Darstellungsdrittel eine Zusammenfassung der Ergebnisse der bisherigen Konferenzen enthält, in seinem größeren Teil Fragen der Raumordnung in den 80er Jahren — Perspektiven der Zusammenarbeit mit europäischen Gremien

— behandelt und im letzten Teil Überlegungen zur Zukunft der Europäischen Raumordnungsministerkonferenz wiedergibt. Hinsichtlich des Themas Europäische Raumordnungscharta ist beabsichtigt, die vorläufig endgültige Fassung im September von einer Redaktionsgruppe überarbeiten zu lassen. Es besteht jedoch bereits jetzt Einigkeit darüber, die Europäische Raumordnungscharta während der 5. Europäischen Raumordnungsministerkonferenz in London nicht abschließend zu behandeln, sondern die Schlußberatung der 6. Europäischen Raumordnungsministerkonferenz vorzubehalten, die 1982 in Madrid stattfinden wird.

Die Niederlande haben einen Berichtsentwurf zu dem ebenfalls auf der 5. Europäischen Raumordnungsministerkonferenz zu behandelnden Thema *Stadterneuerung* vorgelegt, der z. Z. noch intensiv überarbeitet wird.

Vom 2. bis 5. Juni 1980 fand in Fulda ein Europaratssymposium zu dem Thema *Handwerk in der Denkmalspflege* statt, das insbesondere der Zusammenarbeit zwischen Künstlern und Handwerkern bei der Wiederherstellung von Kulturdenkmälern gewidmet war.

Das Handwerkszentrum *Pro Venetia Viva* ist im Mai 1980 auf die vom italienischen Staat zur Verfügung gestellte Insel San Servolo umgezogen. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für die mehrmonatigen Praktika ist erheblich.

Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat im Rahmen der Schriftenreihe *Raumordnung* die Broschüre *Ergebnisse der Europäischen Raumordnungsministerkonferenzen* herausgegeben, in der alle bisherigen Entschließungen dieser Konferenzen dargestellt sind. Diese Publikation ist in Deutsch, Englisch und Französisch abgefaßt.

### 7. Kommunale und regionale Fragen

Vom 21. bis 23. Mai 1980 fand in Madrid die *4. Europäische Kommunalministerkonferenz* statt. Sie befaßte sich mit den politischen Rechten der Gastarbeiter und ihrer Beteiligung am kommunalen öffentlichen Leben sowie mit der Zusammenarbeit zwischen Zentralregierung, Regionen und Kommunalbehörden. Dabei diskutierten die Minister die Rechte der Gastarbeiter in einem Kolloquium mit Vertretern der Parlamentarischen Versammlung und der Europakonferenz der Gemeinden und Regionen. Zu Beginn der Ministerkonferenz wurde das *Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften zur Zeichnung aufgelegt* und wurde für die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.

Vom 10. bis 12. Juni 1980 tagte in Straßburg die *XV. Europakonferenz der Gemeinden und Regionen.* Sie verabschiedete eine Reihe von Resolutionen u. a. zur europäischen Integration, zum Umweltschutz, zur Regionalisierung und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

### 8. Rechtsfragen

Vom 20. bis 21. Mai 1980 fand in Luxemburg die *12. Konferenz der Europäischen Justizminister* statt. Sie empfahl, nach Wegen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Justiz zu suchen. Außerdem wurde das bereits auf der informellen Justizministerkonferenz im August 1979 in Aachen auf Vorschlag von Bundesjustizminister Dr. Vogel erörterte Thema Alternde Kodifikationen wieder aufgenommen. In diesem Zusammenhang traten die Justizminister für eine Verbesserung des Meinungsaustausches über ihre Gesetzgebungsvorhaben ein, damit unterschiedliche Entwicklungen im europäischen Recht nach Möglichkeit verhindert werden. Ferner befaßte sich die Konferenz mit aktuellen Fragen des Menschenrechtsschutzes in Europa. In den auf strafrechtlichem Gebiet gefaßten Entschließungen wird gefordert, eine einheitliche europäische Haltung in Richtung auf eine Abschaffung der Todesstrafe zu erarbeiten und das Thema Entziehung von Rechten als Alternative zur Freiheitsstrafe weiterzuverfolgen. Das von der deutschen Seite aufgeworfene Thema Auslegung des Artikels 12 des europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen (freies Geleit) soll innerhalb des Lenkungsausschusses für Strafrechtsfragen weiter behandelt werden. Ferner fand ein Meinungsaustausch über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus statt.

In seiner Sitzung vom 28. bis 30. April 1980 billigte das Komitee der *Ministerbeauftragten* die vom Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit vorgeschlagene *Empfehlung* R(80)3 über die *Lehre, Forschung und Ausbildung im Bereich Computer und Recht.* Im Juni 1980 billigten die Ministerbeauftragten die im März vom Lenkungsausschuß für Strafrechtsfragen verabschiedeten fünf *Empfehlungen* (R(80)7, 8, 9, 10 und 11) *zur Anwendung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens und des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen, zur Problematik des Überweisens und Verbergens von Kapital verbrecherischen Ursprungs und zur Untersuchungshaft.* Sie setzten die vom Lenkungsausschuß für Strafrechtsfragen vorgeschlagenen neuen ständigen Unterausschüsse ein, die sich mit der europäischen Entwicklung auf dem Gebiet des Strafvollzugs und mit der Anwendung der Europäischen Übereinkommen auf strafrechtlichem Gebiet befassen sollen. Die Ministerbeauftragten verabschiedeten während ihrer Sitzung vom 16. bis 23. September 1980 die *Konvention für den Schutz des Einzelnen bei der Verarbeitung persönlicher Daten,* die am 28. Januar 1981 zur Unterzeichnung aufgelegt wird. Sie verabschiedeten ferner die *Empfehlung* R(80)13 *über den Austausch juristischer Informationen zum Datenschutz.*

Der *Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit* nahm zur Empfehlung 874(1979) über eine Europäische Charta der Rechte des Kindes Stellung.

Vom 23. bis 25. September 1980 fand in Lüttich ein Kolloquium über das Thema Forschung und Recht statt.

In *Ad-hoc Ausschuß Tierschutz* des Europarats wird intensiv an der Fertigstellung des Europäischen

Übereinkommens zum Schutz von Tieren, die in Versuchen verwendet werden, gearbeitet.

Der *Ständige Ausschuß nach Artikel 8 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen* erarbeitet z. Z. Tierschutz-Mindestforderungen für die Haltung von Legehennen.

Das *Gesetz zu dem Zusatzprotokoll vom 10. Mai 1979 zum Europäischen Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport* ist vom Deutschen Bundestag am 17. April 1980 verabschiedet und am 28. August 1980 verkündet worden. Das Zusatzprotokoll soll es der EWG selbst ermöglichen, Vertragspartner des Übereinkommens zu werden.

Die Entwürfe eines Zustimmungsgesetzes und eines Ausführungsgesetzes zu dem von der Bundesrepublik Deutschland am 6. November 1979 unterzeichneten *Europäischen Übereinkommen vom 24. November 1977 über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland* und *vom 15. März 1978 über die Erlangung von Auskünften und Beweisen im Ausland* sind mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 18. April 1980 gemäß Artikel 76 GG dem Deutschen Bundestag zugeleitet worden. Eine Behandlung in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages während der 8. Wahlperiode war nicht mehr möglich. Der Entwurf eines Ratifikationsgesetzes zu dem *Europäischen Übereinkommen zum Schutz von Schlachttieren* befindet sich in Vorbereitung.

**Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. April 1980 bis 30. September 1980**

Inhaltsverzeichnis



## I. Allgemeines

1. Der *WEU-Ministerrat* tagte am 14. Mai 1980 unter luxemburgischem Vorsitz in Luxemburg. Die deutsche Delegation wurde von Botschafter Dr. Jürgen Ruhfus geleitet. Der Ministerrat erörterte den Stand der bilateralen Ost-West-Beziehungen, die Arbeit des Ständigen Rüstungsausschusses sowie das Verhältnis von Rat und Versammlung.

   In dem anschließenden informellen Treffen des Ministerrats mit dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten der Versammlung unterrichtete der luxemburgische Außenminister als Ratspräsident die Abgeordneten über den Stand der Beratungen über die Studie des SAC zur europäischen Rüstungsindustrie.

   Nach der Sitzung am 14. Mai ging der Vorsitz im WEU-Rat, den Luxemburg seit dem 16. Mai 1979 innegehabt hatte, turnusgemäß auf die Niederlande über.

2. Die *WEU-Versammlung* trat vom 2. bis 6. Juni 1980 in Paris zum 1. Teil ihrer 26. Sitzungsperiode zusammen. Zu Beginn der Sitzung wurde der brit. Labour Abgeordnete und frühere Verteidigungsminister Fred Mulley durch Akklamation zum Nachfolger von MdB und MdEP Kai-Uwe von Hassel zum Präsidenten der Versammlung gewählt und hielt die Eröffnungsrede. Der niederländische Außenminister van der Klaauw erstattete als amtierender Ratspräsident den 25. Jahresbericht des Rates an die Versammlung. Als Regierungsvertreter sprach ferner der Staatsminister im Foreign Office, Douglas Hurd, über die Zielsetzungen europäischer Politik nach Afghanistan. Der belgische Außenminister Nothomb richtete ein kurzes Grußwort an die Abgeordneten.

   Die Debatten der Versammlung konzentrierten sich auf den 25. Jahresbericht des Rats, die Auswirkungen der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten auf die Sicherheit Westeuropas, die internationale Lage und die europäische Sicherheit, die Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten im Bereich der Video-Kommunikationssysteme, Maßnahmen zum Schutze vor nuklearen, biologischen und chemischen Waffen, die Nordflanke und die Befehlsbereiche Atlantik und Ärmelkanal, verteidigungsbezogene Informationstechnologie, Stand der europäischen Gemeinschaftsprojekte im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie, das europäische Programm für einen Satelliten zur Entdeckung von Bodenschätzen und die Beziehungen zu den Parlamenten der Mitgliedsländer.

3. Der *Ständige Rat* tagte regelmäßig auf Botschafterebene in London. Er beantwortete die Empfehlungen 338 bis 341 und 343 und die Schriftlichen Anfragen 206, 215, 217 und 218. Die Beantwortung der Schriftlichen Anfragen 205 und 207 bis 214 erfolgte im Rahmen der Antwort auf Empfehlung 341. Er berät gegenwärtig über die Empfehlungen 345 bis 354, die von der Versammlung im Juni verabschiedet wurden, sowie über die Schriftlichen Anfragen 219 bis 222.

   Der Rat befaßte sich ferner mit dem vom Direktor des Ständigen Rüstungsausschusses, Botschafter Plantey, vorgelegten zweiten Teil der Studie über europäische Rüstungsindustrie und faßte am 21. Juli 1980 den Beschluß zur Aufhebung von Abschnitt V, Annex III, Protokoll III des Revidierten Brüsseler Vertrages (Beschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Schiffsbaus).

## II. Politische Fragen

1. *Ost-West-Beziehungen* standen wieder im Mittelpunkt der Aussprache des *Ministerrats.*

Botschafter Ruhfus bezeichnete die sowjetische Invasion in Afghanistan als einen schweren Rückschlag für die Entspannungspolitik. Die Sowjetunion habe hiermit erstmals ihre militärische Macht genutzt, um ihren Einfluß in einem Staat außerhalb des Warschauer Paktes zu sichern. Dennoch bleibe es ein Ziel der Bundesregierung, sich weiter um die Fortsetzung der Entspannungspolitik zu bemühen.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien nach Ansicht der Bundesregierung durch diese Entwicklung belastet worden. Gerade in schweren Zeiten dürfe jedoch der Gesprächsfaden nicht abreißen. Er stellte fest, daß von seiten der DDR das Bemühen erkennbar sei, die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen fortzuführen. Die übrigen osteuropäischen Hauptstädte hätten ebenfalls ihr Interesse deutlich werden lassen, den bestehenden Kontakt weiter zu pflegen. Auch die anderen Mitgliedstaaten der WEU werteten die sowjetische Invasion in Afghanistan als schweren Rückschlag für die Entspannungspolitik. Es bestand Einigkeit darüber, daß sie vor irreparablem Schaden bewahrt werden müsse und daher der KSZE-Folgekonferenz in Madrid besondere Bedeutung zukomme.

2. Die *WEU-Versammlung* verabschiedete eine Reihe von Empfehlungen zur Anwendung des Brüsseler Vertrages, zur Sicherheitslage in Europa und zur europäischen Zusammenarbeit im Bereich moderner Technologien.

   Die Debatte stand weitgehend unter dem Zeichen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Thematische Schwerpunkte waren die Aufhebung der Schiffsbaubeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland und die Lage im Nahen und Mittleren Osten.

## III. Rüstungskontrollamt

Das *Rüstungskontrollamt* setzte die Mengenkontrolle der von den Vertragspartnern auf dem europäischen Festland gehaltenen Waffenbestände und die Nichtherstellungskontrollen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

## IV. Ständiger Rüstungsausschuß

Der *Ständige Rüstungsausschuß* legte dem Rat in dessen Sitzung am 18. April 1980 den wirtschaftlichen Teil seiner Studie über die europäische Rüstungsindustrie vor und regte u. a. die Aktualisierung der Studie an, die in ihrer jetzigen Form nicht über das Jahr 1977 hinausreicht. Hiermit erklärte sich der Rat einverstanden.

## V. Zusammenfassung

Unter der luxemburgischen und, seit dem 14. Mai 1980, niederländischen Präsidentschaft wurden die Bemühungen um die Pflege der Beziehungen zwischen Rat und Versammlung fortgesetzt. Diese Bemühungen fanden insbesondere ihren Ausdruck in den informellen Treffen zwischen dem Rat und dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten in Luxemburg am 14. Mai 1980 und in der Teilnahme von Regierungsvertretern am ersten Teil der Sitzung der Versammlung vom 2. bis 6. Juni 1980 in Paris.